Deutscher Bundestag **Drucksache 19/9244**
19. Wahlperiode 10.04.2019

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Dr. Andrew Ullmann, Michael Theurer, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Christine Aschenberg-Dugnus, Nicole Bauer, Jens Beeck, Nicola Beer, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Mario Brandenburg (Süfpfalz), Dr. Marco Buschmann, Carl-Julius Cronenberg, Britta Katharina Dassler, Hartmut Ebbing, Dr. Marcus Faber, Daniel Föst, Otto Fricke, Thomas Hacker, Katrin Helling-Plahr, Markus Herbrand, Torsten Herbst, Katja Hessel, Dr. Gero Clemens Hocker, Dr. Christoph Hoffmann, Reinhard Houben, Ulla Ihnen, Olaf in der Beek, Gyde Jensen, Dr. Christian Jung, Thomas L. Kemmerich, Dr. Marcel Klinge, Pascal Kober, Konstantin Kuhle, Alexander Graf Lambsdorff, Ulrich Lechte, Roman Müller-Böhm, Hagen Reinhold, Christian Sauter, Matthias Seestern-Pauly, Judith Skudelny, Bettina Stark-Watzinger, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Benjamin Strasser, Katja Suding, Linda Teuteberg, Stephan Thomae, Manfred Todtenhausen, Gerald Ullrich, Sandra Weeser, Nicole Westig und der Fraktion der FDP

Ärztinnenatlas – Wie ist es zahlenmäßig um die Ärzteschaft bestellt?

Die Sicherstellung einer flächendeckenden, bedarfsgerechten und qualitativ hochwertigen medizinischen Versorgung der Bevölkerung ist ein zentrales gesundheitspolitisches Anliegen. Ärztinnen und Ärzte nehmen dabei eine zentrale Rolle in der der Gesundheitsversorgung der Bevölkerung ein, insbesondere in Kliniken, Medizinischen Versorgungszentren und nicht zuletzt in Arztpraxen als niedergelassene Ärztinnen und Ärzte, aber auch im öffentlichen Gesundheitsdienst, sowie in der Forschung an Universitäten und in der pharmazeutischen Industrie.

Nachdem vor allem in den 80er- und 90er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts wegen einer Zunahme langzeitarbeitsloser Ärztinnen und Ärzte metaphorisch von einer „Ärzteschwemme“ gesprochen wurde, wird seit Beginn des Jahrhunderts zunehmend von einem „Ärztemangel“ berichtet und mit der Forderung nach einem Ausbau von Studienplätzen verbunden, die wie die ärztliche Aus- und Weiterbildung Sache der Länder und nicht des Bundes ist (www.aerzteblatt.de/nachrichten/100067/Warnung-vor-Aerztemangel-und-hoher-Burnout-Quote).

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie viele Ärztinnen und Ärzte sind nach Kenntnis der Bundesregierung in Deutschland berufstätig?

   Wie viele waren es im Vergleich dazu vor fünf, 15 und 25 Jahren?

a) Wie viele hiervon sind weiblich?

Wie viele waren es im Vergleich dazu vor fünf, 15 und 25 Jahren?

b) Wie viele berufstätige Ärztinnen und Ärzte sind älter als 55 Jahre?

c) Wie viele berufstätige Ärztinnen und Ärzte sind älter als 60 Jahre?

d) Wie viele berufstätige Ärztinnen und Ärzte sind jünger als 35 Jahre?

2. Wie viele der Ärztinnen und Ärzte sind nach Kenntnis der Bundesregierung in Teilzeit tätig, und in welchem Umfang?

   Wie viele waren es im Vergleich dazu vor fünf, 15 und 25 Jahren?

   a) Wie viele berufstätige Ärztinnen und Ärzte, älter als 55 Jahre, sind in Teilzeit tätig, und in welchem Umfang?

   b) Wie viele berufstätige Ärztinnen und Ärzte, älter als 60 Jahre, sind in Teilzeit tätig, und in welchem Umfang?

   c) Wie viele berufstätige Ärztinnen und Ärzte, jünger als 35 Jahre, sind in Teilzeit tätig, und in welchem Umfang?

3. Wie viele Fachärztinnen und Fachärzte sind nach Kenntnis der Bundesregierung in Deutschland berufstätig?

   Wie viele waren es im Vergleich dazu vor fünf, 15 und 25 Jahren?

   a) Wie viele hiervon sind weiblich?

      Wie viele waren es im Vergleich dazu vor fünf, 15 und 25 Jahren?

   b) Wie viele berufstätige Fachärztinnen und Fachärzte sind älter als 55 Jahre?

   c) Wie viele berufstätige Fachärztinnen und Fachärzte sind älter als 60 Jahre?

   d) Wie viele berufstätige Fachärztinnen und Fachärzte sind jünger als 40 Jahre?

   e) Wie viele Ärztinnen und Ärzte befinden sich in der Facharztweiterbildung?

4. Wie viele Ärztinnen und Ärzte sind bei Behörden bzw. Körperschaften und in sonstigen Bereichen außerhalb der ambulanten und stationären Versorgung tätig?

   Wie viele waren es im Vergleich dazu vor fünf, 15 und 25 Jahren?

5. Wie viele Ärztinnen und Ärzte sind nach Kenntnis der Bundesregierung in

   a) Allgemeinkrankenhäusern,

   b) Plankrankenhäusern und

   c) Universitätskliniken tätig?

   Wie viele hiervon sind weiblich?

   Wie viele waren es nach Kenntnis der Bundesregierung im Vergleich dazu vor fünf, 15 und 25 Jahren (bitte pro Kopf und in Vollzeitäquivalent aufschlüsseln)?

6. Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung das Verhältnis von
   a) Ärztin bzw. Arzt zu Krankenhausbett (nur Allgemeinkrankenhäuser),
   b) Fachärztin bzw. Facharzt zu Krankenhausbett (nur Allgemeinkrankenhäuser),
   c) Ärztin bzw. Arzt zu Krankenhausbett (nur Plankrankenhäuser),
   d) Fachärztin bzw. Facharzt zu Krankenhausbett (nur Plankrankenhäuser),
   e) Ärztin bzw. Arzt zu Krankenhausbett (nur Universitätskliniken),
   f) Fachärztin bzw. Facharzt zu Krankenhausbett (nur Universitätskliniken) (bitte pro Kopf und in Vollzeitäquivalent aufschlüsseln)?

      Wie sahen die Verhältnisse von Arzt zu Akutbett im Vergleich dazu vor fünf, 15 und 25 Jahren aus?
7. Wie viele Ärztinnen und Ärzte sind nach Kenntnis der Bundesregierung in der ambulanten Versorgung in
   a) niedergelassenen Arztpraxen und
   b) Medizinischen Versorgungszentren tätig?

   Wie viele hiervon sind weiblich?

   Wie viele waren es im Vergleich dazu vor fünf, 10 und 25 Jahren (bitte in pro Kopf und in Vollzeitäquivalent aufschlüsseln)
8. Wie viele Ärztinnen und Ärzte sind nach Kenntnis der Bundesregierung im Rahmen eines Anstellungsverhältnisses in der ambulanten Versorgung tätig?

   Wie viele hiervon sind weiblich?

   Wie viele waren es im Vergleich dazu vor fünf, 15 und 25 Jahren (bitte pro Kopf und in Vollzeitäquivalent aufschlüsseln)?
9. Was sind nach Auffassung der Bundesregierung die Gründe für die Zunahme von Anstellungsverhältnissen?
10. Wie viele berufstätige Ärztinnen und Ärzte unter 60 Jahren haben nach Kenntnis der Bundesregierung im vergangenen Jahr Deutschland dauerhaft verlassen, und welches sind die drei Länder, in die die meisten von ihnen ausgewandert sind?

    Wie viele waren es im Vergleich dazu vor fünf, 15 und 25 Jahren?

    Wie viele hiervon haben eine deutsche Staatsbürgerschaft?
11. Was sind nach Auffassung der Bundesregierung die Gründe für die Auswanderungsentscheidung?

    Welche Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung, um die Zahl auswandernder Ärztinnen und Ärzte zu reduzieren?

    Wie viele davon haben eine deutsche Staatsbürgerschaft?

    Aus welchen drei Ländern kommen die meisten Ärztinnen und Ärzte, um sich in Deutschland dauerhaft niederzulassen?
12. Wie viele Ärztinnen und Ärzte haben nach Kenntnis der Bundesregierung im vergangenen Jahr in die Bundesrepublik Deutschland einen dauerhaften Aufenthalt begründet?

    Wie viele waren es im Vergleich dazu vor fünf, 15 und 25 Jahren?

    Was sind nach Kenntnis der Bundesregierung die Gründe für die Einwanderungsentscheidung?

13. Wie viele Menschen haben nach Kenntnis der Bundesregierung im vergangenen Jahr ein Studium der (Human-)Medizin in Deutschland aufgenommen?

    Wie viele davon sind weiblich?

    Wie viele waren es im Vergleich dazu vor fünf, 15 und 25 Jahren?

14. Wie viele Menschen haben nach Kenntnis der Bundesregierung im vergangenen Jahr ein Studium der (Human-)Medizin in Deutschland abgeschlossen?

    Wie viele der Absolventen davon sind weiblich?

    Wie viele waren es im Vergleich dazu vor fünf, 15 und 25 Jahren?

15. Wie viel Zeit (in Stunden pro Tag) verbringt nach Kenntnis der Bundesregierung eine durchschnittliche Ärztin bzw. ein durchschnittlicher Arzt in

    a) einer niedergelassenen Praxis,

    b) einem Medizinischen Versorgungszentrum und

    c) einem Krankenhaus mit der unmittelbaren Versorgung der Patientinnen und Patienten?

16. Besteht nach Auffassung der Bundesregierung aktuell ein Mangel an Ärztinnen und Ärzten oder eine Fehlverteilung von Ärztinnen und Ärzten

    a) im Verhältnis von stationärer Versorgung zur ambulanten Versorgung und

    b) im Verhältnis zwischen Ballungsgebieten und ländlichen Regionen?

    Welche Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung, um dem bestehenden Zustand wirksam zu begegnen?

17. Ist ein Fachkräftemangel im Hinblick auf Ärztinnen und Ärzte nach Auffassung der Bundesregierung in Zukunft ernstlich zu befürchten?

    Auf welche Tatsachen stützt die Bundesregierung ihre Auffassung?

    Wenn ja, welche Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung, um einem solchen Mangel entgegenzuwirken?

18. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung in der laufenden Legislaturperiode eingeleitet, um die ärztliche Versorgung in Deutschland dadurch zu verbessern, dass mehr Zeit für die unmittelbare Patientenversorgung geschaffen wird?

19. Welche Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung noch einzuleiten, um die ärztliche Versorgung in Deutschland dadurch zu verbessern, dass mehr Zeit für die unmittelbare Patientenversorgung geschaffen wird?

Berlin, den 3. April 2019

Christian Lindner und Fraktion

Satz: Satzweiss.com Print, Web, Software GmbH, Mainzer Straße 116, 66121 Saarbrücken, www.satzweiss.com
Druck: Printsystem GmbH, Schafwäsche 1-3, 71296 Heimsheim, www.printsystem.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333